

— FWG-Fraktion —

Verluste aus RWE-Aktien belastend

Warendorf (gl). Alle kreisangehörigen Städte beteiligen sich über die Kreisumlage an den Kosten des Kreises. Dies ist grundsätzlich auch gut so. Leider steigt diese Umlage aber von Jahr zu Jahr. 380 Millionen Euro umfasst der Entwurf des gesamten Kreishaushalts 2016. Hiervon sollen die dem Kreis zugehörigen Kommunen 131 Millionen Euro in Form der Kreisumlage aufbringen, das sind stolze 12,8 Millionen Euro mehr als im Vorjahr.

Nachdem der Landrat diese Hiobsbotschaft bekannt gegeben hat, wehren sich alle Bürgermeister der Städte und Gemeinden, wie auch in den Jahren zuvor, mit fundierten Argumenten. Und dies mit Erfolg. So konnte bei der allgemeinen Kreisumlage eine Senkung des Hebesatzes von 40,3 auf 38,9 Prozentpunkte erreicht werden. Allerdings geht das nicht

weit genug. Allein für die Stadt Warendorf bedeutet die Erhöhung bei der Kreisumlage ein Mehraufwand von gut 1,8 auf nunmehr 17,5 Millionen Euro. Hinzu kommt eine weitere Erhöhung der Jugendamtsumlage um 250 000 auf 7,8 Millionen Euro.

Für Warendorf stehen somit mehr als zwei Millionen Euro nicht mehr für die wichtigen Aufgaben der Stadt unter anderem für Infrastruktur, Soziales, Bildung zur Verfügung. Nicht zu vergessen ist die aktuelle Flüchtlingssituation, die der Stadt neben den personellen Herausforderungen auch viel Geld kostet.

Bisher erleben wir leider, dass Erhöhungen der Aufwände beim Kreis einfach an die Kommunen durchgereicht werden. Der Kreis Warendorf wiederum unternimmt keine erkennbaren Anstrengungen, tatsächlich sparen zu wollen.

Im Gegensatz dazu haben Rat und Stadtverwaltung Warendorf, beispielhaft auch für andere Kommunen, vor Jahren eine so genannte „Giftliste“ mit Einsparungen im Millionen-Euro-Bereich verabschiedet. Diese Sparliste hat vielen Bürgern unserer Stadt sehr weh getan. Wir hatten jedoch keine andere Wahl.

Neben den fehlenden Sparbemühungen hat der Kreis darüber hinaus ein Wertberichtigungsproblem. Seit Jahren ist der Kreis Warendorf, wie auch viele andere Städte in NRW, Aktionär des Energieversorgers RWE AG. 600 000 Anteile liegen hier im Depot. Vor einigen Jahren hat die Freie Wähler Gemeinschaft im Kreistag den Verkauf dieser Papiere gefordert, aber keine Mehrheit dafür erhalten. Zu diesem Zeitpunkt hatten die Aktien einen wesentlich höheren Wert.

**Warendorfer
Rathaus-Echo**

Unter dieser
aller fünf Rats-
Leser können
sich so mit der

Man kann sagen: Hinterher ist man immer schlauer. Leider nützt diese Erkenntnis dem aktuellen Kreishaushalt nichts. Fakt ist: Im Vergleich zu 2010 haben die Aktien nur noch 25 Prozent ihres Werts. Über einen Zeitraum von zehn Jahren betrachtet, hat der Kreis Warendorf einen Verlust in hohem zweistelligen Millionenbetrag zu verkraften. „Großzügig“ hat der Landrat die aktuellen Kursverluste (noch) nicht zahlungswirksam auf die Kommunen verteilt, sondern diese „gestundet“. Die Verbindlichkeit kann jedoch jederzeit auch für Warendorf liquiditätswirksam werden. Wir fordern, dass der Kreis Warendorf ernsthaft spart und die Städte weniger belastet. Nur so behält unsere Stadt auch die Souveränität, um ihre Aufgaben erfüllen zu können.

Frank Hartmann, FWG